



An den Grossen Rat

11.5137.02

PD/P115137

Basel, 19. März 2014

Regierungsratsbeschluss vom 18. März 2014

## **Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend Engagement des Kantons Basel-Stadt bei der Initiative "solidarit'eau suisse"**

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 27. November 2011 den nachstehenden Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen:

Hintergrund: Weltweit haben heute über eine Milliarde Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Um in den nächsten zehn Jahren wenigstens für die Hälfte dieser benachteiligten Menschen einen Zugang zu sauberem Trinkwasser zu schaffen, müssen die heutigen Anstrengungen verdoppelt werden. Die Schweiz hat sich mit den anderen Nationen der UNO darauf geeinigt, dieses Ziel bis 2015 zu erreichen (Millenniumsziele).

Dieses Ziel ist nur dann erreichbar, wenn sich möglichst viele Akteure daran beteiligen, mehr Trinkwasserprojekte zu realisieren.

Zu diesem Zweck haben die DEZA, Aguasan (das Netzwerk von Fachleuten für Trinkwasser und Siedlungshygiene in Entwicklungsländern), Schweizer Entwicklungsorganisationen und Hilfswerke Ende August 2007 die Aktion "solidarit'eau suisse" lanciert.

Solidarisch handeln: Durch "solidarit'eau suisse" sollen Gemeinden und Wasserwerke in der Schweiz ermutigt und motiviert werden, die Realisierung von Trinkwasserprojekten finanziell zu unterstützen. In der Schweiz sind die Gemeinden verantwortlich für die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung und wissen, wie wichtig und unentbehrlich die sichere Versorgung ist. Aus diesem Bewusstsein heraus unterstützen heute bereits rund 40 Schweizer Gemeinden Trinkwasserprojekte finanziell oder in Form einer Partnerschaft.

Was ist der aktuelle Stand der Unterstützung durch Gemeinden?

Bisher unterstützen rund 70 Schweizer Gemeinden und Wasserversorgungen "solidarit'eau suisse". Leider fehlt bisher das Engagement einer grossen Deutschschweizer Stadt - eine gute und sinnvolle Profilierungsmöglichkeit für unsere Stadt Basel!

Als erste Gemeinde hat Münsingen 2008 das Label "solidarit'eau suisse Gemeinde" erhalten und sich für ein nachhaltiges Engagement über mehrere Jahre ausgesprochen. In der Westschweiz

unterstützen die Stadt Lausanne und ihre umliegende Gemeinden ein Trinkwasserprojekt in Madagaskar in Form einer Partnerschaft.

Ich bitte deshalb den Regierungsrat zu prüfen, ob eine Beteiligung bei dieser uns sinnvoll erscheinenden Initiative möglich wäre und dem Grossen Rat über die zu unternehmenden Schritte zu berichten.

Stephan Luethi-Brüderlin, Guido Vogel, Brigitte Heilbronner, Sabine Suter, Kerstin Wenk, Dominique König-Lüdin, Beatriz Greuter, Jürg Meyer, Daniel Goepfert, Doris Gysin, Christine Keller, Philippe P. Macherel, Gülsen Oeztürk, Franziska Reinhard, Mustafa Atici, Martin Lüchinger, Salome Hofer, Sibylle Benz Hübner, Jörg Vitelli

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

Die Entwicklungszusammenarbeit des Kantons Basel-Stadt umfasst einen jährlichen Beitrag in der Höhe von 1,65 Millionen Franken und unterstreicht seinen solidarischen Beitrag an die Entwicklung der globalen Gemeinschaft. Das entwicklungspolitische Engagement des Kantons Basel-Stadt erfüllt eine im internationalen Vergleich zwar kleine, in seiner Wirkung vor Ort aber wichtige Rolle. Besondere Stärken des basel-städtischen Engagements sind seine Komplementarität zur nationalen Entwicklungszusammenarbeit, die sich einerseits in der gezielten Projektförderung manifestiert, und andererseits die Förderung des oftmals langjährigen Wirkens von Organisationen, die lokal stark verankert sind und eine besondere Nachhaltigkeit aufweisen.

Dabei orientiert sich die Entwicklungszusammenarbeit des Kantons Basel-Stadt an den entwicklungspolitischen Schwerpunkten der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe (DEZA). In der aktuellen „Botschaft über die internationale Zusammenarbeit 2013 – 2016“ vom 15. Februar 2012 bzw. im „Bundesbeschluss über die Weiterführung der Finanzierung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern sowie der Weiterführung der Finanzierung der internationalen humanitären Hilfe der Eidgenossenschaft in den Jahren 2013 – 2016“ vom 11. September 2012, setzt der Bundesrat auf Antrag der DEZA Akzente, welche auch die Zuteilung der Beiträge des Kantons Basel-Stadt an die Entwicklungszusammenarbeit beeinflussen. Aufgrund der beschränkten finanziellen Mittel, welche für die Entwicklungszusammenarbeit des Kantons Basel-Stadt zur Verfügung stehen, und dem Instrument der Projekt-, nicht Programmförderung, kann der Kanton jedoch nicht alle ausgewählten Schwerpunktländer, -themen und -programme des Bundes mitberücksichtigen.

Vielmehr folgt die Entwicklungszusammenarbeit des Kantons Basel-Stadt klaren Grundsätzen und beruht auf der Zusammenarbeit und wechselseitigen Wirkung mit Partnern, Beteiligten und Betroffenen. So wird ein koordiniertes und vernetztes Vorgehen unterstützt, welches die internationale Gemeinschaft in der so genannten Pariser Deklaration formuliert hat. Mit der Deklaration von Paris verpflichteten sich im Jahr 2005 über 100 Geber- und Partnerländer dem Ziel, ihre Entwicklungszusammenarbeit und die jeweiligen Aktivitäten aufeinander abzustimmen und die Prioritäten zu beachten, auf welche sich die Empfängerländer in ihrer jeweiligen nationalen Armutsminderungsstrategie festlegen. Diese Vorgehensweise gewährleistet, dass die Hilfsorganisationen und Akteure in den jeweiligen Entwicklungsländern den grösstmöglichen Entscheidungs- und Handlungsspielraum haben und der Kanton Basel-Stadt auf der Basis von überzeugenden Projektanträgen die Mittel einsetzen kann. Diese Praxis, welche sich nach den dringlichsten Bedürfnissen in den Entwicklungsländern orientiert, hat in der Vergangenheit nicht zuletzt auch zu einer vielfältigen und anhaltenden Unterstützung des Kantons Basel-Stadt für die Realisierung von Trinkwasserprojekten geführt.

Der Regierungsrat möchte bei der Vergabe der Mittel im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit auch in Zukunft auf die Verbesserung der Lebensumstände der Ärmsten und marginalisierten Bevölkerungsgruppen hinwirken. Aufgrund des relativ geringen Fördervolumens der basel-

städtischen EZAs soll jedoch bewusst auf inhaltliche Vorgaben für die Projektanträge verzichtet werden. Stattdessen wird verstärkt auf die Qualität hinsichtlich Effektivität der Anträge gesetzt, und - ganz im Sinne der neuen Entwicklungsziele - auf die lokale Verankerung und Einbindung vor Ort. Entsprechend dieser Überlegungen und Erläuterungen zur Stossrichtung der Entwicklungszusammenarbeit des Kantons Basel-Stadt will der Regierungsrat darauf verzichten, sich dem Label für Wasserversorgungen "solidarit'eau suisse" anzuschliessen und sich im Rahmen eines thematischen Entwicklungsprogramms von Schweizer Entwicklungsorganisationen und Hilfswerken finanziell zu verpflichten.

## 1. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend Engagement des Kantons Basel-Stadt bei der Initiative "solidarit'eau suisse" abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin  
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin